Politischer Wegweiser

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. - Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich einschließlich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. - Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. - Anzeiger im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 16 — Halle, 21. April 1928 — 4. Jahrgang

Der Wahlkampf beginnt

Auf jedes Mandat kommt es an!

Die kurze Ruhepause, die durch die Osterfeiertage bedingt wurde, ist zu Ende. Der Burgfrieden der Parteien, der nur für das Fest galt, ist jetzt dem offenen Kampfe gewichen. Im allgemeinen sind die Vorbereitungen abgeschlossen. Die Parteien haben in den einzelnen Wahlkreisen ihre Kandidaten aufgestellt und auch die Reichs- und Landeslisten sind von den meisten bereits veröffentlicht worden. Nur die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten fehlen noch. Damit setzt nun das erbitterte Ringen um die Seele des deutschen Volkes ein. Das Ziel ist klar genug: Die Sicherung der Republik gegen ihre innern Feinde, die Fortsetzung der Außenpolitik zur Befreiung deutschen Bodens von den einstigen Feinden und die Reform der Verwaltung, die das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden auf neue und dauernde Grundlagen stellt. Gewiß ist ein gewaltiger Umschwung in der Stimmung der Nation nicht zu erwarten. Die Verschiebungen werden zahlenmäßig nicht erheblich werden, da angesichts der Zusammensetzung des Reichstages und der Einzellandtage hängen die wichtigsten Entscheidungen genau von wenigen Mandaten ab. Auch die Zusammensetzung der künftigen Regierung wird durch den Ausfall der Wahlen bestimmt. Die letzte im Reich beruhte nur auf der Mehrheit von zwei Stimmen. Ihre Wiederkehr muß möglich gemacht werden. Aber auch nach links ist ein scharfer Trennungsstrich zu ziehen. Je größer die Sozialdemokratie wird, umso schwieriger werden die ihre Führer, die Forderung der Partei in erträglichen Grenzen zu halten. Es besteht die Gefahr, daß eine zu stark wachsende Sozialdemokratie sich wieder verantwortungsvoller Mitarbeit versagt. Auf der anderen Seite wird der Kampf gegen die Schule geführt und die freiheitliche Erziehung unserer Jugend. Klar und deutlich heben sich die Unterschiede ab. Wer die Konsolidierung der Republik auf breiter Grundlage, wer die Befreiung des deutschen Rheines, die Ueberwindung eines aus der Vergangenheit als böses Erbe stammenden Partikularismus will, muß dafür sorgen tragen, daß die demokratische Partei siegreich aus der Abstimmung am 20. Mai hervorgeht.

Das Bekenntnis zur Republik

Die Republik marschiert. Mit Stolz und Genugtuung können wir diese Erkenntnis buchen. Selbst in der bayerischen Volkspartei, die ja am zähesten am Königtum festhielt, obwohl gerade in München der monarchistische Gedanke zuerst Schiffbruch erlitt, mehren sich raunende Stimmen. Vor Monaten schien der bayerische Courzier ein weißer Rabe zu bleiben. Jetzt aber hat sogar der Regensburger Bote, der dem Ministerpräsidenten Held sehr nahesteht, und aus seinem Besitz stammt, den Mut gefunden, einen Artikel aus der Feder eines früheren Obersten zu bringen, der die Monarchie bescheinigt, daß sie jammervoll zusammengebrochen ist und auf keine Wiederkehr zu hoffen ist. Deshalb soll man sich beherzt auf den Boden der neuen Staatsform stellen. Herr Dr. Held hat etwas die Nase gerümpft und sofort erklären lassen, daß diese Aeußerungen ohne sein Wissen erschienen sind, aber er hat sich sonderlich scharf gegen sie Front gemacht. Auch das ist ein Zeichen der Zeit. Herr Dr. Held gebärdet sich ja immer etwas wittelsbacherischer als er in Wirklichkeit ist, und er ist die Rechte des Staatspräsidenten, der er ja tatsächlich ist, auch bei der Jubiläumsfeier der Münchner Universität gegen den Kronprinzen Rupprecht sehr entschieden vorgenommen. Ein offenes Bekenntnis zur Republik würde wir ihm bestimmt nicht als Gesinnungswechsel vorwerfen. Wir würden uns im Gegenteil des reuigen Sünders freuen.

Stresemanns Parole

In Kassel hat Dr. Stresemann den Wahlkampf eröffnet. Es ist begrüßenswert, daß er mit einer eindeutigen Stellungnahme für die Republik seine Arbeit begann. Für die Republik und für die Republik arbeiten lautet die Parole. Das klingt anders als vor Jahren, als die Deutsche Volkspartei sich nur auf den Boden gegebener Tatsachen stellte. Man soll diesen Umschwung nicht verkleinern, denn er beweist die Werbekraft des republikanischen Gedankens. Stresemann ist schließlich kein beliebiger Abgeordneter, sondern der offizielle Führer der Partei. Und man hat dieses Bekenntnis umso stärker unterstreichen, als es seinen Reihen unsichere Kantonisten genug gibt. General von Schoch, der in Bayern hinter ihm kandidiert, ist der Fall. Im Preußischen Landtag sitzen auch solche „Liberalen", die in Wirklichkeit vom Liberalismus nichts wissen wollen und im besten Falle die Republik als ein notwendiges Uebel betrachten. Gegen diese Elemente die Volkspartei zu unterstützen ist eine nationale Aufgabe. Wir haben das dringende Interesse, die Frage der Staatsform aus den politischen Erörterungen auszuschalten und den Tag herbeizuführen wo man die letzten Monarchisten im germanischen Museum zu Nürnberg als letzte Fossilien einer verschwundenen Vergangenheit ausstellt. Dann erst beginnt der Kampf um den Inhalt der Republik, die nicht in die Hände ihrer Feinde fallen darf, wie es z. B. lange Jahre in Frankreich gewesen ist, wo die Nationalisten das Heft ungestört halten durften.

Graf Westarp

Aus der konservativen Gruppe, deren Vorsitzender er war, ist Graf Westarp ausgeschieden. Es blieb ihm allerdings wirklich nichts anderes mehr übrig, nachdem die Konservativen zur Stimmabgabe für die Völkischen aufgefordert hatten. Ein offener Disziplinbruch. Leicht ist es Westarp sicher nicht geworden, denn im Herzen liebäugelt er auch weiter mit ihnen. Das hat er sofort bewiesen. Auf einer Tagung der völkischen Gruppe der Deutschnationalen Partei hat er eine Rede gehalten, die wieder rein monarchistisch gewesen ist. Auch in einer künftigen Regierung werden die Parteien weiter für die Monarchie und gegen die Republik kämpfen. Diese Erklärung ist immerhin interessant. Die Richtlinien, die vor Jahresfrist mit dem Zentrum vereinbart worden waren, sind offenbar vergessen. Dabei wollen wir nicht behaupten, daß die Deutschnationalen so unbedingt gegen die Republik sind. Sie haben sehr schön das Schutzgesetz verlängert und die Rückkehr des Kaisers mit verbieten helfen. Zwischen Theorie und Praxis liegt eben mehr als eine Meile. Der innere Zwiespalt der Partei ist groß. Sie weiß noch nicht, auf welches Pferd sie sich setzen soll und setzt sich daher vorsichtshalber auf beide. In einigen Jahren wird sie dann entdecken, daß sie immer reputationsmäßig war und sich auf jene gehässigen Artikel berufen, mit denen sie dem verflossenen Kaiser noch einige Fußtritte gegeben hat. Es ist selbstverständlich, daß man die Partei davor bewahrt, noch einmal in einer Regierung mitzuarbeiten, was für sie ja nur Gewissenskonflikt bedeuten kann. Wenn man eine Staatsform schützen hilft, in der Absicht, sie zu bekämpfen, so wird das nur immer als komisch empfunden werden können. Das deutsche Volk aber ist sich selber schuldig, nur Männer und Frauen in seine Parlamente zu entsenden, die nicht gerade in der wichtigsten Frage wie das Schilfrohr im Winde schaukeln. Die Deutschnationalen sind sonst so bibelgläubig, aber das Wort: Deine Rede sei ja, ja, nein, nein, haben sie offenbar gründlich mißverstanden. Sie sagen ja und nein zu gleicher Stunde.

Herrn von Keudells letzte Tat

Auf dem kurzen Wege, den Herr von Keudell als Reichsinnenminister zurückgelegt hat, drängen sich die Mißerfolge wie Chausseesteine dicht neben einander. Ihm haben sie aber nicht genügt. Er hat noch rasch, ehe ihn die Vergessenheit empfängt, einen Geniestreich begangen, und den Roten Frontkämpferbund verboten. Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, für diese Organisation viel übrig zu haben, aber gerade deshalb halten wir dieses Verbot für das Törichste, was überhaupt getan werden konnte. Damit schafft man Märtyrer und verstärkt die Anziehungskraft. Otto von Bismarck, der ein etwas anderes Format hatte als der kleine Sohn seines Freundes, hat einmal etwas Aehnliches versucht. Es sind genau 50 Jahre her, seit das Sozialistengesetz geschaffen wurde. Der Erfolg war überraschend. Die Partei wuchs von Wahl zu Wahl und hat schließlich, schon vor dem Kriege, die größte Stimmenzahl aufgebracht, die überhaupt eine Partei seit 1900 erlangt hatte. Die Blätter der Rechten verteidigen diesen Schritt, von dem sie sich offenbar Wahlhilfe versprechen. Den Vergleich mit den Nationalsozialisten, gegen die Preußen soeben das Verbot aufgehoben hat, lehnen sie ab. Das eine sei eine Organisation, das andere eine Partei, obwohl im Roten Frontkämpferbund ganz sicher kein Mitglied vorhanden ist, das nicht moskovitisch wählt. Entzückend aber klingt die Begründung, daß sich die Roten Frontkämpfer viele Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen. Die Tatsache an sich ist richtig, nur wissen wir beim besten Willen nicht, weshalb sich diese Organisation gerade dadurch von Nationalsozialisten oder Stahlhelmern unterscheiden sollte. Eben erst ist in Berlin ein Landfriedensprozeß zu Ende gegangen, der für Nationalsozialisten schwere Strafen gebracht hat wegen ihres Ueberfalls auf Kommunisten, der sich auf dem Bahnhof Lichterfelde ereignet hat. Die Preußische Regierung wird das Verbot des Herrn von Keudell vor dem Staatsgerichtshof anfechten. Aber ganz gleich wie das Urteil ausfällt, der politische Schaden ist unberechenbar. Die kommunistische Partei sollte Herrn von Keudell zum Ehrenmitglied ernennen.

„Die Bremen"

Mit größter Anteilnahme hat das deutsche Volk den Flug der „Bremen" über den Atlantik verfolgt und sein Gelingen als nationale Tat gefeiert. Die Rechte versucht es jetzt, ihn für ihre Zwecke auszubeuten. Herr von Hünefeld ist völkisch und Monarchist und hat es für notwendig erachtet, den letzten Kaiser vorher noch anzutelegraphieren, der ihn dann auch prompt beglückwünschte. Das Flugzeug hißte die schwarz-weiß-rote Fahne in Irland, offenbar, um in Großbritannien einen besonderen Eindruck hervorzurufen. Wir können nur hoffen, daß man diesen Streich nicht in Neuyork wiederhole, dessen Bürgermeister Walker bei seiner Anwesenheit in Berlin im Flaggenstreit der Hotels recht eindeutig für schwarz-rot-gold eingetreten ist. Wir finden es auch außerordentlich geschmackvoll, daß der Lokal-Anzeiger den anderen Piloten Köhl als erfolgreichen Kampfflieger des Weltkrieges feiert und aufzählt, wieviel englische und amerikanische Flugzeuge er abgeschossen hat. Das wird in Neuyork sicherlich ausgezeichnet aufgenommen werden. Wir finden die schwarz-weiß-rote Fahne an Bord nicht nur eine Taktlosigkeit, sondern auch einen Beweis groben Undanks gegen die Republik, die das kühne Unternehmen erst ermöglicht hat. Und wenn die Luft heute frei ist und deutsche Flieger den Ozean überqueren können, so ist das ein Verdienst der deutschen Republik und ihrer Außenpolitik, ist eine Folge der von den Deutschnationalen verworfenen Verträge von Locarno.

Helden

Man kann Fememördern mildernde Umstände zugestehen, weil sie das Produkt einer verworrenen Zeit gewesen sind. Unsere Gerichte haben das auch in etwas überreichem Maße getan. Verwerflich aber bleiben die Taten auf jeden Fall. Namentlich da sie so gar nichts heldisches an sich hatten. Nicht im offenen Kampfe wurde der Mann gestellt. Man lockte ihn in einen Hinterhalt und erschlug ihn. Nicht einer gegen einen, wie es sich für Helden doch schicken würde, sondern mehrere Bewaffnete überfielen einen Wehrlosen, um ihn in scheußlichster Weise aus der Welt zu schaffen. Gerade jetzt findet in Stettin ein solcher Prozeß statt, in dessen Mittelpunkt der aus München geflüchtige Leutnant Heines steht. Wir haben ja erfahren müssen, daß man bei dem Begnadigungssturm für Oberleutnant Schulz ihn zu rechtfertigen suchte. Aber den Vogel schießt jetzt der frühere Abgeordnete Röhm in der Deutschen Zeitung ab. Er versichert, daß er diesem echt deutschen Kameraden die Treue halten werde. Das ist seine Sache. Wenn es auch gewisse Rückschlüsse zuläßt. Aber Röhm geht weiter und erklärt pathetisch, daß in einem künftigen Deutschland ein solcher Mann nicht mehr von Klässern bespien im Gefängnis schmachten, sondern den Rang einnehmen werde, der ihm als einer der Retter Deutschlands gebührt. An diesem Wesen wird die Welt bestimmt nicht genesen. Es ist aber immerhin ein schätzenswerter Beitrag zur Psychologie unserer Nationalisten. Sie feiern ja auch Mussolini, weil er durch Unterdrückungsmaßnahmen Attentate heraufbeschwört, allerdings verdammen sie Attentate gegen ihn, obwohl die Ermordung König Humberts von Italien nur in einem einzigen Blatt seinerzeit verteidigt wurde. Der Mann, der den Mut dazu fand, ein solches Verbrechen zu verherrlichen, zeichnete damals seinen Artikel: Benito Mussolini. Richard May.

Arbeit und Kampf in Preußen

Von Adam **Bartels**, M. d. P. L.

Mit Recht veranstaltet man in Deutschland überall Beileidskundgebungen für den Reichstag, der am 31. März durch den Reichspräsidenten ins Jenseits abberufen worden ist, und würdigt nun entsprechend seine Verdienste, wie man das rühmlich am Grabe zu tun pflegt. Der Preußische Landtag hat, was preußische Eigenart sein mag, ein zäheres Leben. Er liebt kein Beileid und hat sich deshalb aus eigenem Willen entschlossen, entweder noch weiter zu leben und erst am 19. Mai freiwillig seinem Dasein ein Ende zu bereiten, um schon am nächsten Tag seinen Erben bestellen zu lassen, wie sich das bei einer geordneten Erbfolge gehört. Wenn man daher seine Werke kritisch prüft, so braucht man nicht so ängstlich darauf zu achten, daß man nicht die Gesetze der Pietät verletzt, wie das am Grabe selbstverständliche Pflicht ist.

Stellen wir Reichstag und Landtag in ihrem Wirken gegenüber, so darf man zunächst wohl feststellen, daß man in dem Hause am Platz der Republik die politischen Probleme unter viel größerem und höherem Gesichtswinkel betrachtet und daß man dabei bestrebt ist, alle Auswirkungsmöglichkeiten der Beschlüsse viel tiefer zu durchdenken, um alle Kompliziertheiten und möglichen Komplikationen zu erkennen und zu bannen, als das in der Prinz-Albrecht-Straße der Fall ist. Schon aus der äußeren Aufmachung gegenüber dem Reichstag ergibt sich, daß der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280421-11/fragment/page=0001

Landtag viel bescheidener, einfacher und im Tun ruhiger ist, und böse Menschen behaupten, daß das auf die Abgeordneten abfärbe und daß man daher im Preußenhause viel zu hausbacken, einfach und nüchtern denke und fühle. Vielleicht ist auch das der Grund dafür, daß man sich in Preußen während derLebenszeit des Landtages nur einmal das Vergnügen der Regierungsbildung zu machen pflegt, während der viel vergnügungsfüchtigere Reichstag mindestens einmal jährlich eine andere Regierung sehen muß.

Für Preußen mit der in seiner Verwaltung liegenden Macht ist diese Beständigkeit gewiß gut gewesen und man darf wohl feststellen, daß das gut republikanische Preußen in der Nachkriegszeit in ernstesten Zeiten, wie bei den Spartakistenunruhen, dem Kapp-Putsch, den Revolten im bayerischen Ordnungsstaat, stets das feste Rückgrat des Reiches gewesen ist. Und das soll es bleiben, solange wir nicht durch den starken Einheitsstaat alle partikularistischen und separatistischen Gefahren überwunden haben. Daher auch die Wut aller Putschisten gegen Preußen!

Betrachtet man den alten Landtag, so kann man ruhig zugeben, daß die Regierungsgrundlage nur sehr schwach und daß das Regieren daher nicht immer sehr bequem war. Das hätte anders sein können. Die letzten Wahlen brachten eine gute Mehrheit für die damalige Große Koalition, und was hatte daher näher gelegen, als in der Regierung alles beim alten zu lassen. Wenn das nicht geschah, so ist das das unbestrittene Verdienst der Deutschen Volkspartei, die glaubte, die Verhältnisse seien reif dafür geworden, um mit Hilfe dieser „liberalen" Partei die Verwaltung Preußens mit der Polizeigewalt, der Justiz und der Kulturverwaltung (Schule und Kirche) wieder den früher in Preußen unbestritten herrschenden Konservativen auszuliefern zu können. Wenn ihr das nicht gelang, und wenn das Zentrum die hier liegenden Gefahren voll anerkannte, so ist das gewiß nicht die Schuld des Herrn Dr. v. Campe. Wir können es nur begrüßen, daß dieser Angriff abgeschlagen worden und daß es so möglich geworden ist, die Verwaltung mit viel mehr republikanischem und demokratischem Geist zu durchsetzen und sie damit zu sichern, als das einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei möglich gewesen wäre.

Rein beamtenpolitisch ist Preußen, wie alle Länder durch die neue Reichsverfassung und den Uebergang der Finanzhoheit auf das Reich in ein sehr starkes Abhängigkeitsverhältnis zum Reich gekommen, was an sich im Interesse der Einheitlichkeit zu begrüßen ist. Leider muß man aber feststellen, daß das Reich in wichtigen beamtenpolitischen Fragen völlig versagt hat. Ich erinnere nur an die Schaffung des neuen Beamtenrechts und die Regelung der Beamtenvertretungen. Man hat nicht einmal mehr die Kraft dazu aufgebracht, um den Entwurf zu einer Reichsdienststrafordnung zu verabschieden, obwohl die Beratungen schon vor Monaten im Ausschuß abgeschlossen waren. Das ist besonders für Preußen mit seinen alten und rückständigen Disziplinargesetzen von 1852 schmerzlich, weil es die Grundsatzgesetzgebung des Reiches glaubte abwarten zu müssen. Die demokratische Landtagsfraktion hat zwar den Entwurf zu einem neuen preußischen Dienststrafrecht im Landtag eingebracht, die Beratung ist nur nicht erfolgt, weil alle anderen Parteien dem Reich den Vortritt lassen wollten. So leiden die preußischen Beamten noch weiter unter dem alten Disziplinarrecht, bei dem man kaum von einem geordneten Rechtsverfahren sprechen kann und bei dem die vorgesetzte Dienstbehörde zum guten Teil Ankläger und Richter in einer Person ist.

In bezug auf Neuregelung der Beamtenbesoldung darf ich noch einmal hervorheben, daß die Besoldungsregelung kaum möglich gewesen wäre, wenn nicht dank der so vorsichtigen Finanzpolitik des preußischen Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff die preußischen Finanzen so gut in Ordnung gewesen wären, daß man eine jährliche Mehrbelastung von über 200 Millionen Mark auf den Haushalt übernehmen konnte. Während das Reich nach den Angaben des Staatssekretärs Weißmann im Reichsrat für den kommenden Haushalt mit einem Fehlbetrag von rund 500 Millionen Mark und selbst bei Einziehung von 200 Millionen Mark Kleinwohnungsbaukrediten mit einem Defizit von 300 Millionen Mark rechnen muß, ist der preußische Haushalt in Ordnung und sind seine Finanzen in jeder Hinsicht gesund. Man kann und mag über die Einzelheiten der neuen Besoldungsgesetze denken wie man will, auch ich bin nie mit allem einverstanden gewesen, so viel muß man doch feststellen, daß gegenüber dem dauernden Durch- und Gegeneinander im Reich und besonders unter den Regierungsparteien und in der Regierung selbst, in Preußen stets ein fester Wille und seitens der Regierung eine starke Führung vorhanden gewesen ist, die die Besoldungsneuregelung unter allen Umständen zu sichern entschlossen war. Das bleibt ein weiteres unauslöschbares Verdienst des republikanischen, demokratischen Preußens und seines Finanzministers.

Angesichts der gegebenen Möglichkeiten kann sich Preußen durchaus im Vergleich zu den Taten und nicht gewordenen Werken des Reiches sehen lassen. Mögen die Wahlen so ausfallen, daß sie uns auch im Reiche eine gut demokratische und republikanische Regierung auf breiter Grundlage bringen, um so vereint mit Preußen zu wirklich verantwortlicher Arbeit und zu entscheidenden Reformen mit dem festen Willen zum großdeutschen nationalen Einheitsstaat zu kommen. Für Preußen aber ist das Ziel eine breitere Grundlage für seine republikanische Regierung.

Die Deutschnationalen schämen sich nicht,

öffentlich für den Boykott einzutreten.

Der Vorstand des Kreisvereins Münsterberg der Deutschnationalen Volkspartei hat ein Flugblatt an seine Parteimitglieder erlassen, in dem er zunächst die Mitglieder zur Zahlung ihrer Vereinsbeiträge auffordert, und in dem es dann weiter heißt: „Wir aber, die wir in schwerster Stunde, gleich den Soldaten an der Front, unser Vaterland bis zum Letzten verteidigen, werden den Lauen und Gleichgültigen durch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott zeigen, daß uns nichts mit ihnen verbindet."

Der Reichswahlleiter an der Arbeit

Liste 6 für die Demokratische Partei.

Im Büro des Reichswahlleiters werden zurzeit die notwendigen Vorbereitungen für die Reichstagswahl getroffen. Der amtliche Stimmzettel für die Reichstagswahl 1928 wird die gleiche Parteianordnung aufweisen, wie das bei der Wahl 1924 der Fall war. Die Wähler demokratischer Kandidaten werden demgemäß ihr Kreuz in den Wahlvorschlag zu setzen haben, der mit Nr. 6 gekennzeichnet ist. Die Anordnung geschieht nach der Anzahl der Mandate, die die Parteien im letzten Reichstag innegehabt haben. An erster Stelle steht die Sozialdemokratische Partei, an 2. Stelle die Deutschnationale Volkspartei, an 3. Stelle folgt das Zentrum, die Deutsche Volkspartei steht an 4. Stelle. Ihr folgen an 5. Stelle die Kommunisten. Die 6. Stelle haben die Demokraten inne. Es folgt alsdann die Bayerische Volkspartei und dahinter die Wirtschaftspartei. Für die übrigen sich zum Reichstag bewerbenden Parteien liegt die Anordnung noch nicht fest. Der Stimmzettel für die preußischen Landtagswahlen wird die Parteien in der gleichen Anordnung wie der Reichstagsstimmzettel bringen. Bedauerlicherweise wird sich nach Auskunft des Reichswahlleiters die Gleichartigkeit in den anderen, ebenfalls am 20. Mai wählenden Ländern nicht durchführen lassen, und zwar wird dies begründet mit der verschiedenartigen Parteizusammenfassung oder wegen des Ausfalls einzelner Parteien. Der Stimmzettel für die Reichstagswahl ist weiß, für die Preußenwahl hellrot.

Neben der Ernennung des Reichswahlleiters ist die Ernennung der Landeswahlleiter für die gleichzeitig am 20. Mai stattfindenden Landtagswahlen größtenteils erfolgt. Auch die Kreiswahlleiter sind, abgesehen von Preußen, bereits bestimmt.

Wahlvorschläge sind bisher noch nicht eingereicht worden. Nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes müssen die Kreiswahlvorschläge bis zum 17. Tage vor der Wahl, diesmal also bis zum 3. Mai und die Reichsvorschläge bis zum 14. Tage vor der Wahl, diesmal also bis zum 6. Mai eingereicht sein.

Zwei Telegramme

Unter den vielen Telegrammen, die den erfolgreichen Ozeanfliegern zugegangen sind, befindet sich folgendes Kabel:

„Begeistert vom Erfolg des deutschen Ozeanfluges. Die Kaiserin und Ich senden drei kühnen Männern wärmste Glückwünsche. Diese erste siegreiche Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die ostwestlichen Flügen im Wege stehen, spricht für ihren glänzenden Unternehmungsgeist, für ausgezeichnete Beschaffenheit ihres Flugzeuges: eines Produktes deutscher Technik trotz aller Beschränkungen gegen deutschen Flugzeugbau. Wilhelm I. R."

Während es Wilhelm II. noch unbekannt zu sein scheint, daß er in rechtsverbindlicher Form auf den Thron verzichtet hat und daß, hiervon selbst abgesehen, seine zweite Frau Hermine nie und nimmer den Titel Kaiserin beanspruchen kann, hat der frühere König von Sachsen völlig korrekt an Professor Junkers telegraphiert:

„Die erste Ueberfliegung des Ozeans von Europa aus durch eines Ihrer Flugzeuge ist für mich als begeisterter Deutscher ein großes Ereignis. Ihnen und der braven Mannschaft treudeutsche Glückwünsche. Friedrich August, vormals regierender König von Sachsen."

Politische Notizen

Das Urteil für Lichterfelde.

Das Schöffengericht Berlin-Lichterfelde hat nach vierwöchiger Verhandlung das Urteil über die Nationalsozialisten gesprochen, die angeklagt waren, auf dem Bahnhof Lichterfelde einen Transport Roter-Front-Kämpfer überfallen zu haben, wobei sie mit Schuß- und Hiebwaffen eine größere Anzahl von Personen schwer verletzt hatten. Der Staatsanwalt hatte gegen die Haupträdelsführer Zuchthausstrafen beantragt, das Gericht hat es bei Gefängnisstrafen bewenden lassen, die zwischen zwei Monaten und zwei Jahren, sechs Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft bemessen sind, und die angesichts der auch in der Urteilsbegründung hervorgehobenen Tatsache, daß der Ueberfall planmäßig erfolgt war, durchaus als milde zu bezeichnen sind. Es scheint allerdings, daß der Hauptangeklagte Schäfer, der sich auf dem Lichterfelder Bahnhof besonders hervorgetan hatte, ein überaus leidenschaftlicher Mensch ist, denn im Augenblick der Urteilsbegründung unternahm er im Gerichtssaal einen Selbstmordversuch, der durch das Dazwischenspringen von Schöffen und Beamten allerdings vereitelt werden konnte.

Deutschnationales Poem für Stresemann.

Dankbarkeit gibt es in der Politik nicht. Und die Deutschnationalen rüsten mit allen Mitteln zum Kampf gegen Stresemann, mit dem sie sogar noch auf der Regierungsbank sitzen. In Erinnerung an den Spruch der Deutschen Volkspartei: „Von roten Ketten macht Euch frei — Allein die Deutsche Volkspartei!" veröffentlicht die Preußische Landeszeitung, ein deutschnationales Wahlorgan, folgenden Vers: „Die roten Ketten legt uns an — All ein Herr Dr. Stresemann!"

Disziplinarverfahren gegen Professor von Moeller

Wie verlautet, ist das Disziplinarverfahren gegen den Berliner Staatsrechtslehrer Professor Dr. von Moeller eröffnet worden. Dr. von Moeller hatte in seinem Kolleg Aeußerungen getan, die die republikanische Staatsform verächtlich machten.

Ein deutschnationales Eingeständnis.

Der deutschnationale „Kreisanzeiger", der in Gardelegen erscheint, schreibt über die Auflösung der Gutsbezirke im Kreise Neuhaldensleben u. a.:

Die Einbeziehung all dieser Flächen und Einw ner in die benachbarten Landgemeinden wird das k munale Leben in diesen Gemeinden vielfach grundsätz ändern; nicht nur, daß die politische Zusammensetz einzelner Gemeindevertretungen durch diese Aenderu möglicherweise vollkommen verwandelt wird, vor all wird auch die steuerliche Leistungsfähigkeit mancher meinden im Kreise durch deren bevorstehende V größerung auf das stärkste beeinflußt, und zwar, man trotz der mit zu übernehmenden Lasten durchs sagen kann, gehoben.

Richtig, sehr richtig! Wir stimmen mit dem deutschna nalen Blatte vollkommen überein. Wir setzen nur hin daß mit der Auflösung der Gutsbezirke wieder ein St deutschnationale Macht verschwindet.

Befreiung vom Grundschulbesuch.

Dem Preußischen Landtag ist von der Staatsregi rung eine Uebersicht zugestellt über die Zahl der auf Gru des Paragraphen 4 des Grundschulgesetzes von der Grun schulpflicht befreiten Kinder. Dieser Paragraph 4 laut Privatunterricht für einzelne Kinder oder gemeinsamer Pr vatunterricht für Kinder mehrerer Familien, die sich diesem Zweck zusammenschließen, darf an Stelle des B suchs der Grundschule nur ausnahmsweise in besonde Fällen zugelassen werden. Die Linke hat eine Uebersi über diese Befreiungen nach Paragraph 4 verlangt, n man einen Mißbrauch vermutete. Die Uebersicht unterscheidet Befreiungen aus Gesundheitsrücksichten, wegen der E fernung vom Schulort und aus sonstigen Gründen (gel nicht normale Kinder, Kinder, deren Eltern auf Reisen si Schifferkinder usw.). Die Befreiung aus Gesundheitsrücksichten, bei der man am ehesten einen Mißbrauch befürch ten müßte, ist am größten im ersten Grundschuljahr: 17 775, von denen aber etwas über 16 000 keinen Unt richt haben, also einfach zurückgestellt sind. Nach Abzu dieser 16 000 sind in allen vier Jahrgängen zusamm 7940 vom Besuch der Grundschule befreit, von denen a nur 6300 einen privaten Ersatzunterricht haben. Gegenü den mindestens zweieinhalb Millionen preußischen Grun schulschülern erscheint diese Zahl so gering, daß man v einer restlosen Durchführung der Grundschule sprec könnte. Die Angaben ergeben aber nicht das vollständ Bild, da in die Uebersicht alle diejenigen nicht aufg nommen sind, die eine Vorschule irgendeiner anerkann Privatschule oder konzessionierten Familienschule besuch Denn nach der im Reichstag am 18. März 1926 an nommenen Entschließung ist ja diesen der Betreib in Grundschul(Vorschul)klassen bis zum Erlaß eines Entsc schädigungsgesetzes in dem Umfang gestattet, den sie 21. Mai 1920 hatten. Man muß von der Regierung e Uebersicht über diese Grundschulschüler in den Privatschu verlangen, wenn man die endgültige Durchführung Grundschulgesetzes feststellen will.

Der Schlaf der Schulkinder.

In Schweden hat man eine Untersuchung über Bedeutung des Schlafes der Schulkinder für die Gesundh angestellt. Dabei hat man gefunden, daß die Kinder zu wenig schlafen, um 25 Prozent kränker sind als dere Kinder. Als notwendige Schlafzeit wurde bei di Untersuchung zugrunde gelegt: Für Kinder von vier Jah 12 Stunden täglich, für Kinder von sieben Jahren 11 St den, für 9jährige neun bis zehn Stunden und für Jugeli liche im Alter von 14 bis 21 Jahren acht bis n Stunden täglich.

Aussteuernähstuben.

Die Stadt Elberfeld hat eine Aussteuersparkasse Verbindung mit Aussteuernähstuben eingerichtet. Mit Nähstuben hat man angefangen. Heute sind es 18 Nähstu mit rund 600 Sparerinnen. In den Aussteuernähstu sammeln sich die jungen Mädchen je einen Abend wöche lich, um unter sachkundiger Leitung Tisch-, Küchen-, Le und Bettwäsche zu nähen. Schränke stehen jeder Sch zur Verfügung, in denen jede Sparerin ihr eigenes F besitzt, in dem ein fertiges Stück zum andern gelegt aufbewahrt wird, bis zum Tage des Austritts der treffenden Sparerin. Nach ein bis zwei Jahren kann bei treuer, regelmäßiger Arbeit den Grundstock einer liben Aussteuer mit heimnehmen, die sie sich mit Leich keit erspart, indem sie wöchentlich an die Leiterin ihrer N stube An bis zwei Reichsmark je nach Vermögen anza

939 Millionen für Wohlfahrtspflege.

Nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages 45 Großstädten mit insgesamt 16,7 Millionen Einw nern betrugen die gesamten Aufwendungen für die We fahrtspflege in den Städten in einem Jahre 939 M lionen Reichsmark. Auf den Kopf der Bevölkerung fallen danach 56 RM.

Parteinachrichten

Die Auslandsdeutschen und die Demokraten

Eine ehrliche Anerkennung.

Der Verband der Reichsdeutschen aus Rußland an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratis Partei aus Anlaß der Beratungen über das Kriegsschäd schlußgesetz ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. he

„In Anbetracht der verschiedenen Zeitungsberichte i den Standpunkt, den verschiedene Gruppen von geschädig Auslandsdeutschen zu der Tätigkeit Ihrer Fraktion in ser Frage eingenommen haben, fühlen wir uns verpflich Ihren unsere wärmste Anerkennung für Ihre Stellu nahme zu dem verabschiedeten Gesetz auszusprechen.

Wie immer der geschädigte Auslandsdeutsche poli eingestellt war oder ist, so hat es sich doch bei allen P handlungen klar herausgestellt, daß Ihre Partei diejen war, die von Anfang an für die Interessen der Geschädig für Rechte und Pflichten scharf eingetreten ist und da Ihrer Partei zu danken ist, wenn uns, den Geschädig die Gewißheit geblieben ist, daß dieses Gesetz nicht letzte Wort für die Geschädigten gesprochen hat."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280421-11/fragment/page=0002

Keudell als Wahlmacher

Wie Verordnungen verdreht werden.

Der Reichsminister des Innern hat an die Regierungen Länder ein Schreiben herausgehen lassen, in dem er selbständig die Reihenfolge der Wahlvorschläge für Reichstagswahlen festgesetzt hat. Nach diesem Rund- ben erhalten die Demokraten die Listennummer 5 die Kommunistische Partei die Listennummer 6. Es n alsdann an 7. Stelle die Bayerische Volkspartei 8. der Lenin-Bund, die linken Kommunisten.

Bei dieser Anordnung des Reichsministers des Innern t sich, daß der Minister nicht imstande ist, seine en Verordnungen zu lesen. In der Aenderungsverord- zur Reichsstimmordnung vom 3. November 1924 es über die Benummerung der Wahlvorschläge aus- lich: „Für die Nummernfolge der Reichswahlvor- ge gelten folgende Grundsätze: Die Parteien, die Abge- ete in den letzten Reichstag entsandt haben, werden zu- aufgeführt, und zwar in der Reihenfolge der Stim- zahl, die die Parteien bei der letzten Reichstagswahl lten haben."

Auf Grund dieses Wortlautes ergibt sich zweifellos, es unrichtig ist, der Listenaufstellung die Fraktions- e im Reichstag zugrundezulegen. Allein ausschlag- nd ist vielmehr die Stimmenzahl bei der letzten Reichs- wahl. Es ist deshalb auch völlig verkehrt, wenn der n-Bund, der eine organisatorisch kaum zusammenge- ssene Absplitterung der kommunistischen Partei dar- t, auf der achten Stelle der Reichswahlvorschläge und Kreiswahlvorschläge verzeichnet wird. Höchst seltsam es außerdem, daß derartig weitgehende Anordnungen e jegliche Befragung der gesetzmäßigen Instanzen ein- bürokratisch vorgenommen werden. Das Reichsmini- um des Innern ist für diese Anordnung überhaupt t zuständig, sondern das ist nach der Verordnung über swahl und Reichsabstimmungen der Reichswahlleiter, nach der gleichen Verordnung ein Reichswahlausschuß, ehend aus Vertretern der Parteien, zur Seite steht. er Ausschuß ist bisher aber überhaupt nicht gehört den. Durch die eigenmächtige Anordnung werden eine ahl von Parteien in ihren Wahlvorbereitungen ge- digt. Das Reichsministerium des Innern wird damit nen müssen, daß diese Parteien das Ministerium regreß- chtig machen. Unter Umständen wird die ganze Rechts- tigkeit der kommenden Reichstagswahl in Frage ge- lt. Ist das etwa die Absicht des deutschnationalen Ver- ungsministers von Keudell?

---

andatsänderungen im letzten Reichstag

27 **Abgeordnete ausgeschieden**

Das Reichstagsbüro hat jetzt nach der Auflösung Reichstages eine Statistik über die im Reichstag 1924 getretenen Abgeordneten - Veränderungen vorgelegt. s dieser Uebersicht ergibt sich, daß während des dritten ichstages 27 Mitglieder ausgeschieden sind, und zwar ben 21 Mitglieder, während sechs Mitglieder ihr Man- niedergelegt haben. Es starben während der Wahl- iode u. a. der Reichskanzler Fehrenbach, die sozialdemo- tischen Abgeordneten Dißmann und Zubeil, vom Zen- m Frau Transfeld und Dr. Spahn, sowie von den mokraten der verdienstvolle Abgeordnete Dr. Raschig. dergelegt haben ihr Mandat während des letzten Reichs- es der frühere Reichskanzler Bauer, der frühere Reichs- nister für die besetzten Gebiete Dr. Hoefle, von den utschnationalen der Abgeordnete Freiherr von Richt- en-Breslau, der mit der Politik der Deutschnatio- len nicht einverstanden war. Ferner haben ihr Mandat dergelegt in der Bayerischen Volkspartei Graf von Ler- nfeld und der sozialdemokratische Abgeordnete Paeplow, die der Kommunist Koenig-Düsseldorf.

Innerhalb der Fraktionen sind noch stärkere Aende- ngen eingetreten. Aus der Sozialdemokratischen Partei ieden elf Mitglieder, aus der Deutschnationalen Volks- rtei sieben Mitglieder, sieben Mitglieder schieden auch s dem Zentrum aus. Dagegen hatte die Kommunistische rtei einen Verlust von 16 Mitgliedern und die Deutsch- lkische Freiheitspartei einen solchen von 14 Mitgliedern. i keiner Partei waren am Schluß des Reichstages der geordnete Lange-Hegermann, der früher der Zentrums- ktion angehörte, sowie Ludendorff, der sich auf die te der Deutschvölkischen Freiheitspartei hatte wählen sen, schließlich noch die beiden Kommunisten Dr. Rosen- g und Redakteur Tiedt, die sich der Sezessionsgruppe r linken Kommunisten nicht angeschlossen haben. Ein be- nders unruhiges Wanderleben hat der Oberlandesge- htspräsident Dr. Best-Darmstadt während des letzten eichstages geführt. Best hatte sich auf die Liste der eutschnationalen Volkspartei wählen lassen. Er war dann s Gast bei den Deutschvölkischen eingetreten, schied aber ch hier wiederum aus, um späterhin bei der Volksrecht - rtei einzutreten, die er zusammen mit dem früheren Zen- umsabgeordneten Dr. Roß und dem völkischen Abgeord- ten Seiffert vertrat.

Der Kapp-Putschist als Reichstagskandidat

Lettow-Vorbecks Wandlungen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat an Stelle des dmirals von Tirpitz, der sich an den Ufern des Stern- rger Sees zur Ruhe setzt, den General von Lettow-Vor- ck als Reichstagskandidaten aufgestellt, und der General acht sich nun seinen Wählern als Politiker bekannt. r gebärdet sich dabei wesentlich sanfter, als er es in iner Eigenschaft als Militär getan hat. Seine Reichs- gskandidatur ruft die Erinnerung wach an die höchst ndeutige Rolle, die der General im Kapp-Putsch gespielt t. Er war damals in Berlin und stellte sich sofort üttwitz zur Verfügung, der ihm einen Zivilkommissar r Kapp-Regierung und besondere Instruktionen mit nach ecklenburg gab, wo Lettow-Vorbeck als Kommandeur der eichswehrbrigade 9 stationiert war. Er nahm dort die Regierung Wendorff, die sich weigerte abzudanken, in Schutzhaft, setzte den Chef der Sicherheitspolizei ab und versuchte, durch den Zivilkommissar Kapps eine Koalitionsregierung bilden zu lassen, was aber nicht gelang. Die republikanischen Parteien vereinigten sich vielmehr zu einem Aktionsausschuß, der sich der rechtmäßigen Regierung zur Verfügung stellte, und da Lettow-Vorbeck alle Mahnungen und alle Hinweise auf die Verfassung in den Wind schlug, kam es zu Zusammenstößen, die mehrere Opfer forderten. Erst dann ließen sich die Vertreter Kapps zu Verhandlungen herbei, die durch den Zusammenbruch des Putschs ihr Ende fanden. Seitdem hat sich der General der Politik ferngehalten. Seine Münchener Rede zeugt, wenn sie von ihm selbst stammt, von Einsicht in die Notwendigkeit einer maßvollen Zurückhaltung, sie vermag aber nach den Erfahrungen, die man mit dem Helfer Kapps gemacht hat, ebensowenig zu überzeugen, wie die Ankündigung, daß Lettow-Vorbeck im Reichstag als „Persönlichkeit" nicht an unfruchtbare Opposition denke. Die deutschnationale Volkspartei wird ihn wohl kaum nur um seiner kolonialen Lorbeern willen zum Nachfolger von Tirpitz bestellt haben.

Graf Westarp und die Konservativen

Nur eine „äußere Trennung".

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei erklärt zwar in dem Schreiben, in dem er seinen Austritt aus dem Vorstand der deutsch-konservativen Partei vollzieht, daß für diesen Schritt nicht in erster Linie die Aufforderung der konservativen Vertretung seines Wahlkreises maßgebend sei, die sich gegen die Wahl Westarps richtet, sondern daß er sich nur von allgemeinen Beweggründen bestimmen lasse. Trotzdem ist es zweifellos die Einsicht in die Unhaltbarkeit dieses Zustandes gewesen, der sich in Westarps Wahlkreis im deutschnational-konservativen Lager zu einem offenen Skandal zu entwickeln begann, der zu einem entscheidenden Schritt zwang, da man die Oeffentlichkeit nicht noch länger ununterrichtet über Vorgänge lassen konnte, die sich in der breiten Oeffentlichkeit einer Wahlpolemik abspielten. Graf Westarp mußte den Trennungsstrich gegen eine Gruppe ziehen, die in aggressivster Form dazu aufforderte, nicht ihm, sondern seinem völkischen Konkurrenten die Stimmen der Rechten zuzuführen. Dabei kann man einem so erfahrenen Parlamentarier wie dem Grafen Westarp durchaus glauben, daß er Widersinnige und Zwecklose einer Parteizersplitterung richtig einschätzt, und dieses Argument in seinem Scheidebrief ist also zweifellos ernst zu nehmen. Im Grunde aber sind es keineswegs solche allgemein-politischen Erwägungen, die ihn und die Deutschnationale Partei schmerzlich berühren und beunruhigen, sondern es ist die Erkenntnis der unaufhaltsamen Absplitterung, die man sich selbst und der Oeffentlichkeit nicht mehr verhehlen kann, und die zeigt, daß sich eine Zwiespältigkeit, wie sie von der Deutschnationalen Partei getrieben wurde, rächen muß. Die Versicherung Westarps, daß er seiner Gesinnung nach stets ein Konservativer bleiben werde, ist daher auch weniger als ein spontanes oder auffälliges Bekenntnis zu bewerten; sie ist ein angstvoller Versuch, die nach rechts abschwenkenden Freunde vielleicht doch noch in letzter Stunde bei der Stange zu halten. Zweifellos ist die Trennung von diesen Freunden ein schweres persönliches Opfer, das Graf Westarp der Deutschnationalen Partei bringt, und man kann bezweifeln, ob ihn der Ruhm, der Chef dieser Partei zu sein, über ein derartiges Opfer befriedigend zu trösten vermag.

Der Stettiner Femeprozeß

Der Fememord, der im Juli 1920 in Greifenhagen an dem Roßbach-Mann Paul Schmidt verübt worden ist, und als dessen Täter nur, acht Jahre später, der Leutnant a. D. Heines und der Feldwebel Ottow vor Gericht stehen, nötigt die Oeffentlichkeit, sich wieder einmal mit den Verhältnissen zu befassen, die in die Zeit der sogenannten Arbeitskommandos zurückreichen, jener illegalen Verbände, die damals von der Reichswehr geduldet und gefördert wurden, weil man glaubte, sie im Falle eines Angriffes von außen nötig zu haben. Es war die Zeit, wo man eines polnischen Ueberfalles auf Oberschlesien gewärtig sein zu müssen glaubte, und wo man deshalb die aufgelöste Organisation Roßbach in Pommern auf Gütern unterbrachte, wo die Freikorpsangehörigen mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt werden, aber jederzeit zum Dienst bereit sein sollten. Die Waffen dieser Verbände wurden ebenfalls auf den Gütern untergebracht und verborgen. Daß sich in dem Kreis dieser Abenteurer auch unzuverlässige Elemente befanden, denen man einen Verrat der Waffenverstecke wohl zutrauen konnte, ist durchaus anzunehmen, und auf solche Befürchtungen ist zweifellos der Eid zurückzuführen, den die Mitglieder der Verbände schwören mußten, und in dem es heißt, daß Verräter der Feme verfallen. Verdächtigungen waren natürlich ebenso leicht aufgetaucht, besonders, wenn einer nicht in den politisch rechtsradikalen und menschlich rohen und rüden Ton der Freikorpsmitglieder einstimmte, und auf diese Weise ist auch der ermordete Schmidt in Verdacht geraten und nach kurzer Ueberwachung als schuldig befunden und von dem Angeklagten in brutaler Weise ums Leben gebracht worden. Bemerkenswert ist, daß der Leutnant Heines noch jahrelang nach diesen Vorgängen in der Roßbach- und Hitlerbewegung eine führende Rolle gespielt hat. Die Dinge, die in der Stettiner Verhandlung zur Sprache kommen, geben ein erschütterndes Bild von der moralischen und rechtlichen Unsicherheit, unter der jene ganze Bewegung stand, die uns heute, da wir von ihr befreit sind, wie ein düsterer Alb anmutet.

Getrennte Wahl für Männer und Frauen

Zu statistischen Zwecken ist beabsichtigt, bei den Reichstagswahlen und den württembergischen Landtagswahlen in den Städten Stuttgart, Ulm und Heilbronn die männlichen und weiblichen Wähler getrennt abstimmen zu lassen, und zwar in der Weise, daß die weiblichen Wähler bei der Reichstagswahl ihren Stimmzettel in einen dunkelblauen, mit dem besonderen Aufdruck „Frau" versehenen Wahlumschlag legen, während die männlichen Wähler den weißen Wahlumschlag benutzen. Ebenso ist auch für die Landtagswahl ein besonderer rötlicher Wahlumschlag für die Frauen vorgesehen.

Wir männermordenden Waffenstudenten

In der „Hamburger Universitätszeitung" Nr. 4, 552, ist folgende Erklärung des Studenten Beyer zu lesen:

„Unsere Zeit neigt zur Verherrlichung des Kranken, des Schwächlichen ... Diesen Symptomen biologischer Volksschwäche gegenüber halten wir männermordenden Waffenstudenten an Mensur, Paukboden, Turnen fest, an allem Gesunden, Rauhem, Urwüchsigem, Kräftigen. Wir ziehen das Turnen oder Pauken den feinsinnigsten Destillaten der Literatur vor."

Der Herr Studiosus scheinen nicht mehr zu wissen, daß das aus der lateinischen Sprache stammende Wort „studiosus" u. a. auch „sich des Wissens, sich der Wissenschaft befleißigend" bedeutet. Ferner bitten wir um die Erlaubnis, ihn auf folgende Warnung aus Goethes „feinsinnigstem Destillat": Faust Teil 1 Studierzimmer, ehrerbietigst hinweisen zu dürfen:

Verachte nur Vernunft und Wissenschaft.
Des Menschen allerhöchste Kraft!"

Die Jugend als Wähler

Bei den kommenden Wahlen werden die Stimmen der vielen sogenannten „Erstwähler" beträchtlich ins Gewicht fallen. Von einem dieser Erstwähler gehen uns die folgenden Zeilen zu, die wir Jugendlichen und Erwachsenen zur besonderen Beachtung angelegentlich empfehlen.
Red.

Bei den Wahlen am 20. Mai werden mehrere Millionen Jugendliche zum ersten Male ihr Wahlrecht ausüben. Werden sie aber auch so wählen, wie man es von ihnen erwarten sollte? Bei dem Interesse, das die Jugend sonst den Ereignissen im Sport, und auch z. B. dem Ozeanflug, entgegenbringt, fällt es doppelt bei gelegentlichen Gesprächen mit jüngern Leuten auf, wie wenig sie über politische Sachen aufgeklärt sind. Daher wird die Partei, die im jetzigen Wahlkampf ihre Forderungen für die Jugend ins rechte Licht zu setzen weiß, wohl einen großen Teil der jüngern Wähler für sich gewinnen können. Und natürlich haben die äußersten Rechts- und Linksparteien durch ihre oft maßlosen Wahlversprechungen einen Teil der Neuwähler bestimmt auf ihrer Seite. Welche Ursache mag nun schuld sein an der politischen Unkenntnis der Jugend? Wenn man jüngere Leute fragt, ob sie den politischen Teil einer Zeitung lesen, bekommt man in vielen Fällen die Antwort: „Das ist mir zu langweilig." Und grade die Jugend müßte als Träger der Zukunft Deutschlands wenigstens die Parteien und ihre Programme auseinander zu halten wissen. Ein großer Teil der Jugend bildet sich seine politische Auffassung nach der seiner ältern Mitarbeiter in den Arbeitsstätten; und dabei wird natürlich nach denen, die die extremsten Forderungen machen, mehr hingehört als nach dem, der einen ruhigen Aufstieg auf Grund der gegebenen Tatsachen will. Und ganz folgerichtig spekulieren hauptsächlich die Rechtsparteien auf den Idealismus der Jugend; ihre Blätter bringen noch jetzt, 10 Jahre nach dem Kriege, Schilderungen aus Schlachten und Gefechten, in denen immer nur von deutschem Heldenmut und deutscher Treue die Rede ist; man rechnet immer darauf, daß sich die jungen Leser daran begeistern, was auch häufig der Fall ist. In den Versammlungen dieser Parteien man hatte in Dessau wieder vor kurzer Zeit auch eine sogar mit Musik in Szene gesetzt, hört man fast immer dieselbe Leier: An dem verlorenen Kriege und vor allen Dingen an allen seinen Folgen sind die Parteien der Weimarer Koalition schuld; dann werden republikanische Führer angepöbelt und den Schluß bildet ein Appell an die deutsche Jugend. Das Traurige bei dem Ganzen ist immer, daß sich die jüngern Zuhörer über die Anpöbelei um Deutschland wirklich verdienter Männer amüsiert, keiner denkt daran, daß 1918, als der „Held", der von dem Rednerpult sein ödes Geschwätz erzählt, wahrscheinlich froh war, eine rote Armbinde zu tragen; daß da die Männer, die er anpöbelt, ihr möglichstes taten, Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.

Wie kann man nun die Jugend dazu bringen, das Verdienst der republikanischen Parteien um den Wiederaufstieg Deutschlands zu würdigen? In der Presse muß in besonderen, leicht faßbaren Artikeln, die sich direkt an die Jugend richten, immer wieder auf die Folgen eines Rechtssieges hingewiesen werden. Noch besser ist aber die mündliche Aufklärung, ein guter Redner, der temperamentvoll zu reden weiß, kann hierin viel Gutes tun. An der Hand von Zahlen, die Jugend kann man heute mit Zahlen sehr leicht aufklären, muß man immer wieder darauf hinweisen, daß Deutschland den entsetzlichsten aller Rekorde, die höchste Zahl der Kriegsopfer, hält; und daß, wer rechts wählt, immer die Parteien unterstützt, die während der Kriegsjahre die Friedensmöglichkeiten unterbunden haben. Es ist ja so verständlich, daß man mit Schlagworten und schönen Reden der Jugend mehr imponiert, aber wenn man immer wieder darauf hinweist, daß nur eine wirkliche republikanische Republik und nur der aufrichtige Verständigungswille Deutschlands unserem Aufstieg dienlich ist, dann werden wir auch am 20. Mai sagen können: Die deutsche Jugend hat die Hoffnungen, die in sie gesetzt wurden, nicht enttäuscht, sie hat noch nicht vergessen, was wir den Männern, die im Kampfe um die Republik ihr Leben ließen, zu verdanken haben, sie hat republikanisch gewählt!

Walter Petrowsky, Dessau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280421-11/fragment/page=0003

Sitzung des demokratischen Parteivorstandes.

Am Sonnabend, dem 28. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Reichstag eine Sitzung des demokratischen Parteivorstandes statt.

Ehrungen für Kniest.

Der preußische Handelsminister hat dem demokratischen Landtagsabgeordneten und Ehrenobermeister Kniest-Kassel zu seinem 65. Geburtstag folgendes Glückwunschtelegramm übersandt:

„Ich spreche Ihnen zum 65. Geburtstag auch meine herzlichsten Glückwünsche aus und hoffe, daß ihre bewährte Arbeitskraft dem Handwerk noch lange erhalten bleibt."

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V., Berlin, richtete an Abgeordneten Kniest folgenden Brief:

„Aus dem Bericht über die 352. Sitzung des Preußischen Landtages ersehen wir, daß Sie in außerordentlich wirkungsvoller und dankenswerter Weise die Wünsche und Interessen des deutschen Einzelhandels bei den Verhandlungen des Landtages über den Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1928 zur Geltung gebracht haben. Wir sprechen Ihnen dafür unseren verbindlichsten Dank aus und geben der Freude Ausdruck, daß dank Ihrer Bemühungen durch die Beschlüsse des Landtages den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Einzelhandels auf diesem Gebiet in erfreulichem Maße Rechnung getragen wird."

Bürgermeister Borchardt-Nordhausen demokratischer Landtagskandidat.

Auf dem Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei für den Landeswahlkreis Erfurt, zu dem auch Nordhausen-Grafschaft Hohenstein gehört, wurde, nachdem Gymnasialdirektor Trittel auf seine Kandidatur verzichtet hatte, Bürgermeister Borchardt-Nordhausen als Spitzenkandidat für den preußischen Landtag aufgestellt.

Die demokratischen Kandidaten Hamburgs.

Der Parteiausschuß der Hamburger Organisation der Deutschen Demokratischen Partei hat in seiner letzten Sitzung den gesamten demokratischen Wahlvorschlag den Wahlkreis Hamburg angenommen. Als Kandi wurden in folgender Reihenfolge aufgestellt:

1. Johannes Büll, Kaufmann; 2. Frau Emmy mann, Oberschulrätin, 3. Dr. Moritz Liepmann, Uni tätsprofessor, 4. Th. Kaufmann, Gaugeschäftsf. d. G. 5. Carl Rosenbaum, Gartenbau-Oberinspektor; 6. Hert ling, Kaufmann; 7. Frau Marg. Uetzmann, H frau; 8. Ernst Ncke, Gemüsebauer.

Johannes Büll dankte für die Einstimmigkeit Wiederwahl. Der Parteivorsitzende Senator a. D. Stubmann erklärte, daß die Hamburgischen Demok alles daran setzen würden, um den Gegnern und Ne zu beweisen, daß der große Wahlsieg vom 19. Feb kein Zufallserfolg gewesen sei. Wie im letzten Wahlk so wird auch diesmal Bürgermeister Dr. Petersen in Kampf eingreifen.

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., D
Poststraße 9.

Unser zweiter Spitzenkandidat Malermeister Andreas-Nordhause

spricht Dienstag, den 24. April, abends 8 Uhr im „Hofjäger" in Halle. Alle Demokraten müssen erschei

Bezirk Halle

Unsere Kandidatenlisten

Reichstag:

1. Dr. Dr. h. c. **Walther Schreiber**, Preußischer Handelsminister.
2. **August Andreas**, Malermeister, Nordhausen.
3. **Irma Wolff**, Hausfrau, Halle.
4. **Kurt Löber**, Gutsbesitzer, Unterkaka.
5. **Hans Schmid**, Fabrikant, Sangerhausen.
6. **Otto Richter**, Kreisausschuß-Obersekretär, Delitzsch.
7. **Hermann Blotzfeld sen.**, Maurer- und Zimmermeister, Kelbra.
8. **Emil Noack**, Lokomotivführer, Halle.
9. **Dr. phil. Luise Bonitz**, Naumburg.
10. **Alex Meyer**, Gemeinde-Obersekretär, Holzweißig.
11. **Wilhelm Glein**, Reichsbahn-Obersekretär, Eisleben.
12. **Dr. Kurt Koerlin**, Studienrat, Merseburg.

Landtag:

1. Dr. Dr. h. c. **Walther Schreiber**, Preußischer Handelsminister.
2. **August Andreas**, Malermeister, Nordhausen.
3. **Fritz Renker**, Direktor, Halle.
4. **Margarete Lehse**, kaufmännische Angestellte, Halle.
5. **Walter Pott**, Schulrat, Sangerhausen.
6. **Gustav Dietrich**, Kaufmann, Bitterfeld.
7. **Dr. Hermann Wandersleb**, Landrat, Querfurt.
8. **Willi Salzmann**, Geschäftsführer des G. d. A., Halle.
9. **Martha Freygang**, Hausfrau, Herzberg.
10. **Rudolf Batzenge**, Badeanstaltsbesitzer, Merseburg.
11. **Gustav Schmidt**, Landwirt, Stolzenhain.
12. **Otto Patry**, Direktor, Halle.

Wahlversammlungen im Wahlkreis Halle—Merseburg

Brettin. Sonntag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr im Gasthaus „Drei Rosen". Redner: Malermeister Andreas.

Annaburg. Sonntag, den 15. April, abends 8 Uhr. Redner: Malermeister Andreas.

Lützen. Sonntag, den 15. April, abends 7,30 Uhr im „Roten Bär". Redner: Direktor Renker.

Helbra. Montag, den 16. April, abends 8 Uhr im Gasthaus zur „Sonne". Redner: Direktor Renker.

Dommitzsch. Montag, den 16. April, abends 8 Uhr, im „Roten Hirsch". Redner: Malermeister Andreas.

Jessen. Dienstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „König". Redner: Malermeister Andreas

Gerbstedt. Mittwoch, den 18. April, abends 8 Uhr im „Goldenen Ring". Redner: Direktor Renker.

Herzberg. Mittwoch, 18. April, abends 20 Uhr, in der „Reichskrone". Redner: Malermeister Andreas.

Mühlberg. Donnerstag, den 19. April, abends 8 Uhr im „Ratskeller". Redner: Malermeister Andreas.

Liebenwerda. Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr im „Weißen Roß". Redner: Malermeister Andreas.

Dölau. Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr im „Haideschlößchen". Redner: Obermeister Kniest.

Teuchern. Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr im „Löwen". Redner: Direktor Renker.

Elsterwerda. Sonnabend, den 21. April, abends 8 Uhr im „Vereinshaus". Redner: Malermeister Andreas.

Löbejün. Sonnabend, den 21. April, abends 8 Uhr. Redner: Obermeister Kniest.

Dürrenberg. Sonnabend, den 21. April, abends 8 Uhr im „Kronprinz". Redner: Direktor Renker.

Zahna. Sonntag, den 22. April, nachmittags 4,30 Uhr im „Rathaussaal". Redner: Malermeister Andreas.

Bad Schmiedeberg. Sonntag, den 22. April, abends 8 Uhr im „Schützenhaus". Redner: Malermeister Andreas.

Riemegk. Sonntag, den 22. April, vorm. 11 Uhr. Redner: Studienrat Dr. Rühlemann.

Friedersdorf. Sonntag, den 22. April, nachm. 3 Uhr. Redner: Studienrat Dr. Rühlemann.

Zscherndorf. Sonntag, den 22. April, abends 8 Uhr. Redner: Studienrat Dr. Rühlemann.

Osterfeld. Sonntag, den 22. April, nachm. 4 Uhr. Direktor Renker.

Stößen. Sonntag, den 22. April, abends 8 Uhr im „Gasthaus zur Post". Redner: Direktor Renker

Naumburg. Montag, den 23. April, abends 8 Uhr im „Hotel zur Post". Redner: Fräulein Dr. Schulz-Gera.

Eilenburg. Montag, den 23. April, abends 8 Uhr in der „Stadthalle" (Altes Schützenhaus). Redner: Malermeister Andreas.

Leißling. Montag, den 23. April, abends 8 Uhr im „Bahnhofsrestaurant". Redner Direktor Renker.

Halle. Dienstag, den 24. April, abends 8 Uhr im „Hofjäger". Redner Malermeister Andreas.

Zeitz. Dienstag, den 24. April, abends 8 Uhr im „Preußischen Hof". Redner: Direktor Renker.

Querfurt. Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr im „Gasthaus zur Sonne". Redner: Malermeister Andreas.

Mücheln. Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr im „Deutschen Hof". Redner: Direktor Renker.

Delitzsch. Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr im „Schwan". Redner: Malermeister Andreas.

Freyburg. Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr im „Schützenhaus". Redner: Direktor Renker.

Laucha. Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr in Obendorfs Hotel. Redner: Direktor Renker.

Bitterfeld. Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr im „Kaffee Saul". Redner: Malermeister Andreas.

Nebra. Sonnabend, den 28. April, abends 8 Uhr im „Schützenhaus". Redner: Direktor Renker

Holzweißig. Sonnabend, den 28. April, a 8 Uhr im „Gasthof Walter". Redner: W meister Andreas.

Brachstedt. Sonnabend, den 28. April, a 8 Uhr. Redner: Studienrat Dr. Rühlemann

Crossen. Sonnabend, den 28. April, abends 8 im „Weißen Roß".

Halle Auch hier zieht die Flucht aus der De nationalen Volkspartei täglich weitere Kreise. So hat fü der Vorsitzende der Deutsch-Konservativen des Wahlk Halle-Merseburg, Major a. D. Knöpfel, seinen Au aus der Deutschnationalen Volkspartei vollzogen. Die kung der von den Deutschnationalen betriebenen hint tigen Politik macht sich eben allenorts bemerkbar. heute stehen sie vor einem Trümmerhaufen ihres ehema Bestandes. Der Wahltag muß ihnen den Rest geben.

Delitzsch. Der langjährige Vorsitzende der Ortsgr der D.D.P., Prorektor Dr. Schroeder, ist als Studi nach Eisleben versetzt. Der Vorstand des Wahlkreisve des dankt ihm für seine bisherige anerkennenswerte A Den Vorsitz in der Ortsgruppe hat Herr Kreisausschuß sekretär Otto Richter übernommen.

Falkenberg. Betrifft Versammlung in Elsnig Torgau, am 4. April. Elsnig ist ein kleines Dorf von Einwohnern. Der Vertrauensmann, Herr Landwirt Ri eröffnete die Versammlung und erteilte dem Redner, Dr. Haepe, das Wort. Eingehend wurden die S und Wirtschaftsfragen geschildert. An der Zollpoli Landbundes wurde scharfe Kritik geübt.

Tempo! Tempo!

Sonst ist „Der Deutsche Rundfunk", die Funkzeitschrift im roten Umschlag, ausverkauft / und was wollen Sie dann mit Ihrem Empfänger machen, wenn Sie die ausführlichen Programme aller Sender nicht haben? Deshalb ...

bestellen Sie den Deutschen Rundfunk bei Ihrem Buchhändler, Briefträger oder Postamt. Bezugspreis monatl. RM 2. Einzelheft 50 Pf. Wer den Deutschen Rundfunk noch nicht kennt, fordere kostenlos Probeheft vom Verlag, Berlin N 24

Der Wahlkampf beginnt

und fordert von uns allen Opfer an Geld, Arbeit und Zeit. Seit 1920 hat die Deutsche Demokratische Partei noch niemals so günstige Aussichten gehabt, wie in diesem Jahr. Die mustergültige Tätigkeit der D. D. P. in den Parlamenten und unsere hervorragenden Kandidaten bieten insbesondere auch im Wahlkreis Halle-Merseburg, alle Voraussetzungen für einen Wahlsieg. Heute rufen wir alle opferfreudigen Demokraten auf, die Finanzen der Ortsgruppen zu stärken, denen sie angehören.

Aber auch die Stärkung des

Wahlfonds 1928

des Wahlkreisverbandes Halle-Merseburg, von dem die zentrale Wahlarbeit geleistet wird, ist notwendig. Unser Postscheckkonto trägt die Nr. 9923. Leipzig (Bankhaus L. Schönlicht-Halle). Auch die Bezirksgeschäftsstelle, Halle, Große Brauhausstr. 30, nimmt Beiträge entgegen.

Der Vorstand des Wahlkreisverbandes Halle-Merseburg.

Hier abtrennen!

An
das **Postamt** (Zeitungsstelle)
(Unfrankiert in den Briefkasten zu werfen!)

Hi

Bestellschein

Ich bestelle hiermit

..... Exemplare

Politischer Wegweiser

für den

Monat Mai

und bitte den Bezugspreis von 75 Goldpfennig zuzüglich 6 G pfennig Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger bei erheben zu lassen.

Name: .....

Wohnort: .....

Straße: ..... Nr. ...

Freunde! Auf zur Tat! Auf zum Sieg!

Entgegen anderslautenden Pressenachrichten tragen unsere Listen die Nummer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280421-11/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

r „Politische Wegweiser" erscheint chentlich einmal an jedem Sonnabend. - zugspreis: 75 Goldpfennig monatlich üglich 6 Goldpfennig Postzustellungs- ühr. - Bestellungen nehmen alle zu- ndigen Postämter, Briefträger und der rlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, gegen.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. - Anzeiger im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

mmer 16 | Halle, 21. April 1928 | 4. Jahrgang

Der Wahlkampf beginnt

Auf jedes Mandat kommt es an!

Die kurze Ruhepause, die durch die Osterfeiertage be- it wurde, ist zu Ende. Der Burgfrieden der Parteien, ur für das Fest galt, ist jetzt dem offenen Kampfe ge- n. Im allgemeinen sind die Vorbereitungen abge- en. Die Parteien haben in den einzelnen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt und auch die Reichs- und eslisten sind von den meisten bereits veröffentlicht en. Nur die Deutschnationalen und die Sozialdemo- n fehlen noch. Damit setzt nun das erbitterte Ringen die Seele des deutschen Volkes ein. Das Ziel ist genug: Die Sicherung der Republik gegen ihre inne- Feinde, die Fortsetzung der Außenpolitik zur Be- g deutschen Bodens von den einstigen Feinden und Reform der Verwaltung, die das Verhältnis zwischen , Ländern und Gemeinden auf neue und dauernde dlagen stellt. Gewiß ist ein gewaltiger Umschwung in Stimmung der Nation nicht zu erwarten. Die Ver- ungen werden zahlenmäßig nicht erheblich werden, angesichts der Zusammensetzung des Reichstages und Einzellandtage hängen die wichtigsten Entscheidungen enug von wenigen Mandaten ab. Auch die Zusammen- g der künftigen Regierung wird durch den Ausfall der len bestimmt. Die letzte im Reich beruhte nur auf Mehrheit von zwei Stimmen. Ihre Wiederkehr muß glich gemacht werden. Aber auch nach links ist ein fer Trennungsstrich zu ziehen. Je größer die Sozial- kratie wird, umso schwieriger haben es ihre Führer, Forderung der Partei in erträglichen Grenzen zu n. Es besteht die Gefahr, daß eine zu stark wachsende demokratie sich wieder verantwortungsvoller Mit- t versagt. Auf der anderen Seite wird der Kampf die Schule geführt und die freiheitliche Erziehung er Jugend. Klar und deutlich heben sich die Unter- e ab. Wer die Konsolidierung der Republik auf brei- Grundlage, wer die Befreiung des deutschen Rheines, Ueberwindung eines aus der Vergangenheit als lä- Erbe stammenden Partikularismus will, muß dafür e tragen, daß die demokratische Partei siegreich aus Abstimmung am 20. Mai hervorgeht.

Das Bekenntnis zur Republik

Die Republik marschiert. Mit Stolz und Genugtuung en wir diese Erkenntnis buchen. Selbst in der baye- n Volkspartei, die ja am zähesten am Königtum fest- obwohl gerade in München der monarchistische Ge- e zuerst Schiffbruch erlitt, mehren sich raunende Stim- Vor Monaten schien der bayerische Courier ein weißer zu bleiben. Jetzt aber hat sogar der Regensburger iger, der dem Ministerpräsidenten Held sehr nahesteht, aus seinem Besitz stammt, den Mut gefunden, einen el aus der Feder eines früheren Obersten zu bringen, der Monarchie bescheinigt, daß sie jammervoll zu- nengebrochen ist und auf keine Wiederkehr zu hoffen Deshalb soll man sich beherzt auf den Boden der n Staatsform stellen. Herr Dr. Held hat etwas die gerümpft und sofort erklären lassen, daß diese Aus- ungen ohne sein Wissen erschienen sind, aber er hat sonderlich scharf gegen sie Front gemacht. Auch das ist Zeichen der Zeit. Herr Dr. Held gebärdet sich ja immer s wittelsbacherischer als er in Wirklichkeit ist, und er die Rechte des Staatspräsidenten, der er ja tatsäch- ist, auch bei der Jubiläumsfeier der Münchner Uni- tät gegen den Kronprinzen Rupprecht sehr entschieden genommen. Ein offenes Bekenntnis zur Republik wür- wir ihm bestimmt nicht als Gesinnungswechsel vor- en. Wir würden uns im Gegenteil des reuigen Sün- freuen.

Stresemanns Parole

In Kassel hat Dr. Stresekampf den Wahlkampf er- t. Es ist begrüßendwert, daß er mit einer eindeu- Stellungnahme für die Republik seine Arbeit begann. der Republik und für die Republik arbeiten lautet die le. Das klingt anders als vor Jahren, als die Deutsche spartei sich nur auf den Boden gegebener Tatsachen e. Man soll diesen Umschwung nicht verkleinern, denn eweist die Werbekraft des republikanischen Gedan- . Stresemann ist schließlich kein beliebiger Abgeord- , sondern der offizielle Führer der Partei. Und man dieses Bekenntnis umso stärker unterstreichen, als es inen Reihen unsichere Kantonisten genug gibt. General Schoch, der in Bayern hinter ihm kandidiert, ist der Im Preußischen Landtag sitzen auch solche „Libe- r", die in Wirklichkeit vom Liberalismus nichts wis- wollen und im besten Falle die Republik als ein not- iges Uebel betrachten. Gegen diese Elemente die Volks- i zu unterstützen ist eine nationale Aufgabe. Wir n das dringende Interesse, die Frage der Staatsform aus den politischen Erörterungen auszuschalten und den Tag herbeizuführen wo man die letzten Monarchisten im germanischen Museum zu Nürnberg als letzte Fossilien einer verschwundenen Vergangenheit ausstellt. Dann erst beginnt der Kampf um den Inhalt der Republik, die nicht in die Hände ihrer Feinde fallen darf, wie es z. B. lange Jahre in Frankreich gewesen ist, wo die Nationalisten das Heft ungestört halten durften.

Graf Westarp

Aus der konservativen Gruppe, deren Vorsitzender er war, ist Graf Westarp ausgeschieden. Es blieb ihm allerdings wirklich nichts anderes mehr übrig, nachdem die Konservativen zur Stimmabgabe für die Völkischen aufgefordert hatten. Ein offener Disziplinbruch. Leicht ist es Westarp sicher nicht geworden, denn im Herzen liebäugelt er auch weiter mit ihnen. Das hat er sofort bewiesen. Auf einer Tagung der völkischen Gruppe der Deutschnationalen Partei hat er eine Rede gehalten, die wieder rein monarchistisch gewesen ist. Auch in einer künftigen Regierung werden die Parteien weiter für die Monarchie und gegen die Republik kämpfen. Diese Erklärung ist immerhin interessant. Die Richtlinien, die vor Jahresfrist mit dem Zentrum vereinbart worden waren, sind offenbar vergessen. Dabei wollen wir nicht behaupten, daß die Deutschnationalen so unbedingt gegen die Republik sind. Sie haben sehr schön das Schutzgesetz verlängert und die Rückkehr des Kaisers mit verbieten helfen. Zwischen Theorie und Praxis liegt eben mehr als eine Meile. Der innere Zwiespalt der Partei ist groß. Sie weiß noch nicht, auf welches Pferd sie sich setzen soll und setzt sich daher vorsichtshalber auf beide. In einigen Jahren wird sie dann entdecken, daß sie immer republikanisch war und sich auf jene gehässigen Artikel berufen, mit denen sie dem verflossenen Kaiser noch einige Fußtritte gegeben hat. Es ist selbstverständlich, daß man die Partei davor bewahrt, noch einmal in einer Regierung mitzuarbeiten, was für sie ja nur Gewissenskonflikt bedeuten kann. Wenn man eine Staatsform schützen hilft, in der Absicht, sie zu bekämpfen, so wird das nur immer als komisch empfunden werden können. Das deutsche Volk aber ist sich selber schuldig, nur Männer und Frauen in seine Parlamente zu entsenden, die nicht gerade in der wichtigsten Frage wie das Schilfrohr im Winde schaukeln. Die Deutschnationalen sind sonst so bibelgläubig, aber das Wort: Deine Rede sei ja, ja, nein, nein, haben sie offenbar gründlich mißverstanden. Sie sagen ja und nein zu gleicher Stunde.

Herrn von Keudells letzte Tat

Auf dem kurzen Wege, den Herr von Keudell als Reichsinnenminister zurückgelegt hat, drängen sich die Mißerfolge wie Chausseesteine dicht neben einander. Ihm haben sie aber nicht genügt .Er hat noch rasch, ehe ihn die Vergessenheit empfängt, einen Geniestreich begangen, und den Roten Frontkämpferbund verboten. Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, für diese Organisation viel übrig zu haben, aber gerade deshalb halten wir dieses Verbot für das Törichste, was überhaupt getan werden konnte. Damit schafft man Märtyrer und verstärkt die Anziehungskraft. Otto von Bismarck, der ein etwas anderes Format hatte als der kleine Sohn seines Freundes, hat einmal etwas Aehnliches versucht. Es sind genau 50 Jahre her, seit das Sozialistengesetz geschaffen wurde. Der Erfolg war überraschend. Die Partei wuchs von Wahl zu Wahl und hat schließlich, schon vor dem Kriege, die größte Stimmenzahl aufgebracht, die überhaupt eine Partei seit 1900 erlangt hatte. Die Blätter der Rechten verteidigen diesen Schritt, von dem sie sich offenbar Wahlhilfe versprechen. Den Vergleich mit den Nationalsozialisten, gegen die Preußen soeben das Verbot aufgehoben hat, lehnen sie ab. Das eine sei eine Organisation, das andere eine Partei, obwohl im Roten Frontkämpferbund ganz sicher kein Mitglied vorhanden ist, das nicht moskowitisch wählt. Entzückend aber klingt die Begründung, daß sich die Roten Frontkämpfer viele Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen. Die Tatsache an sich ist richtig, nur wissen wir beim besten Willen nicht, weshalb sich diese Organisation gerade dadurch von Nationalsozialisten oder Stahlhelmern unterscheiden sollte. Eben erst ist in Berlin ein Landfriedensprozeß zu Ende gegangen, der für Nationalsozialisten schwere Strafen gebracht hat wegen ihres Ueberfalls auf Kommunisten, der sich auf dem Bahnhof Lichterfelde ereignet hat. Die Preußische Regierung wird das Verbot des Herrn von Keudell vor dem Staatsgerichtshof anfechten. Aber ganz gleich wie das Urteil ausfällt, der politische Schaden ist unberechenbar. Die kommunistische Partei sollte Herrn von Keudell zum Ehrenmitglied ernennen.

„Die Bremen"

Mit größter Anteilnahme hat das deutsche Volk den Flug der „Bremen" über den Atlantik verfolgt und sein Gelingen als nationale Tat gefeiert. Die Rechte versucht es jetzt, ihn für ihre Zwecke auszubeuten. Herr von Hünefeld ist völkisch und Monarchist und hat es für notwendig erachtet, den letzten Kaiser vorher noch anzutelegraphieren, der ihn dann auch prompt beglückwünschte. Das Flugzeug hißte die schwarz-weiß-rote Fahne in Irland, offenbar, um in Großbritannien einen besonderen Eindruck hervorzurufen. Wir können nur hoffen, daß man diesen Streich nicht in Neuyork wiederhole, dessen Bürgermeister Walker bei seiner Anwesenheit in Berlin im Flaggenstreit der Hotels recht eindeutig für schwarz-rot-gold eingetreten ist. Wir finden es auch außerordentlich geschmackvoll, daß der Lokal-Anzeiger den anderen Piloten Köhl als erfolgreichen Kampfflieger des Weltkrieges feiert und aufzählt, wieviel englische und amerikanische Flugzeuge er abgeschossen hat. Das wird in Neuyork sicherlich ausgezeichnet aufgenommen werden. Wir finden die schwarz-weiß-rote Fahne an Bord nicht nur eine Taktlosigkeit, sondern auch einen Beweis groben Undanks gegen die Republik, die das kühne Unternehmen erst ermöglicht hat. Und wenn die Luft heute frei ist und deutsche Flieger den Ozean überqueren können, so ist das ein Verdienst der deutschen Republik und ihrer Außenpolitik, ist eine Folge der von den Deutschnationalen verworfenen Verträge von Locarno.

Helden

Man kann Fememördern mildernde Umstände zugestehen, weil sie das Produkt einer verworrenen Zeit gewesen sind. Unsere Gerichte haben das auch in etwas überreichem Maße getan. Verwerflich aber bleiben die Taten auf jeden Fall. Namentlich da sie so gar nichts heldisches an sich hatten. Nicht im offenen Kampfe wurde der Mann gestellt. Man lockte ihn in einen Hinterhalt und erschlug ihn. Nicht einer gegen einen, wie es sich für Helden doch schicken würde, sondern mehrere Bewaffnete überfielen einen Wehrlosen, um ihn in scheußlichster Weise aus der Welt zu schaffen. Gerade jetzt findet in Stettin ein solcher Prozeß statt, in dessen Mittelpunkt der aus München gebürtige Leutnant Heines steht. Wir haben ja erfahren müssen, daß man bei dem Begnadigungssturm für Oberleutnant Schulz ihn zu rechtfertigen suchte. Aber den Vogel schießt jetzt […]utschen Zeitung ab […]n Kameraden d[…] Sache. Wenn es a[…]n geht weiter und […]ftigen Deutschland […]rn bespien im […] einnehmen we[…]lands gebührt. A[…] nicht genesen. E[…] Beitrag zur P[…]rn ja auch Musso[…]ahmen Attentate h[…] Attentate gegen […]mberts von Italien […]t verteidigt wu[…]), ein solches Ver[…]s seinen Artikel […]a y.

Arbei[…]ßen

Mit […]berall Beileidskun[…] März durch den […]orden ist, und w[…]e, wie man das r[…] Preußische Land[…] mag, ein zäheres Leben. Er liebt kein Beileid und hat sich deshalb aus eigenem Willen entschlossen, entweder noch weiter zu leben und erst am 19. Mai freiwillig seinem Dasein ein Ende zu bereiten, um schon am nächsten Tag seinen Erben bestellen zu lassen, wie sich das bei einer geordneten Erbfolge gehört. Wenn man daher seine Werke kritisch prüft, so braucht man nicht so ängstlich darauf zu achten, daß man nicht die Gesetze der Pietät verletzt, wie das am Grabe selbstverständliche Pflicht ist.

Stellen wir Reichstag und Landtag in ihrem Wirken gegenüber, so darf man zunächst wohl feststellen, daß man in dem Hause am Platz der Republik die politischen Probleme unter viel größerem und höherem Gesichtswinkel betrachtet und daß man dabei bestrebt ist, alle Auswirkungsmöglichkeiten der Beschlüsse viel tiefer zu durchdenken, um alle Kompliziertheiten und möglichen Komplikationen zu erkennen und zu bannen, als das in der Prinz-Albrecht-Straße der Fall ist. Schon aus der äußeren Aufmachung gegenüber dem Reichstag ergibt sich, daß der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280421-11/fragment/page=0005